

Beschluss: Keine Aufnahme ins Regierungsprogramm

Seite 41 Z. 25 (fettgedruckt die beantragten Ergänzungen) Die SPD hat die Studiengebühren in Hamburg abgeschafft. Das Studium in Hamburg wird mit uns auch in Zukunft gebührenfrei bleiben. **Darüber hinaus werden wir den Studierenden die Verwaltungsgebühren in Höhe von 50,00 Euro vollständig erlassen. Ergänze: Wir werden ein Studium Generale einführen, das Abiturient*innen die Möglichkeit bietet, zwischen Schulabschluss und Studienbeginn ihre Interessen ohne den Druck eines festen Semesterplans zu erkunden. Dieses Angebot wird fakultätsübergreifend an allen staatlichen Universitäten Hamburgs eingerichtet und BAföG-förderfähig gestaltet. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie ein vergleichbares Modell für Auszubildende geschaffen werden kann, um auch in der beruflichen Bildung neue Perspektiven und flexible Übergänge zu ermöglichen.** Neben Lehr- und Lernräumen müssen die Bibliotheken für die Studierenden uneingeschränkt nutzbar sein und über aktuelle digitale Angebote verfügen. Die Staats- und Universitätsbibliothek ist in ihrer Bedeutung für das wissenschaftliche Arbeiten in Hamburg zentral. Der angestrebte Neubau ist unumgänglich. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende. Neben der generellen Stärkung des Wohnungsbaus stehen Wohnungen für Auszubildende und Studierende im Fokus – das hilft Hamburg auch bei der Anwerbung von Fachkräften. Wir werden den Masterplan Studierendenwohnen fortschreiben und bis 2030 mit dem Studierendenwerk und anderen Akteuren mindestens 3.000 Plätze planen, bewilligen und neu bauen. Auch die Anstrengungen für Azubi-Wohnungen werden wir weiter verstärken – auch hier wollen wir bis 2030 auf mindestens 3.000 Plätze kommen. Unternehmen, die Mitarbeiterwohnungen schaffen wollen, werden wir gezielt unterstützen. Zusätzlich möchten wir allen Studierenden – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern - den Zugang zu den Wohnheimen des Studierendenwerks ermöglichen. Dazu möchten wir uns unter anderem dafür einsetzen, dass Studierende dem Studierendenwerk keine Mietkaution zahlen müssen.

Überweisen an

Regierungsprogramm Bürgerschaftswahl 2025